

Ein *neuer* Frankfurter Weg?

Querverbindungen

zwischen Neuzuwanderung und Marginalisierung in Frankfurt

- *Aktuelle Situation und Perspektiven für die Zukunft*

Prof. Dr. Julia Eksner

Fachbereich Gesundheit und Soziale Arbeit

Frankfurt University of Applied Sciences

November 2016

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|-----------|
| I. Ziele | 3 |
| II. Neue Migration in Frankfurt 2015-2016 | 6 |
| III. Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund | 8 |
| Problemlagen..... | 8 |
| Spezielle Risikogruppen: Frauen & Kinder | 22 |
| IV. Neuzuwander_innen aus EU-2 (Rumänien und Bulgarien) | 28 |
| Problemlagen..... | 28 |
| Spezielle Risikogruppen | 32 |
| IV. Querverbindungen & Wechselwirkungen | 34 |
| V. Szenarien für die Zukunft | 38 |
| Neue Konzepte..... | 42 |
| Ausblick – Ein neuer Frankfurter Weg?..... | 47 |
| VI. Zitierte Literatur | 48 |
| Anhang: Liste der befragten Expert_innen..... | 50 |

I. Ziele

Im Zuge der Neuen Migration ¹ aufgrund internationaler Fluchtbewegungen und der Öffnung der EU-Außengrenze kamen seit 2014 eine große Anzahl an Neuzuwander_innen in die Bundesrepublik und auch nach Frankfurt. Die Stadt Frankfurt findet sich in Folge mit einer Vielzahl von Herausforderungen in der Aufnahme und Integration der Neuzuwander_innen konfrontiert.

In dieser Expertise wird der Frage nachgegangen, ob die aktuelle Neuzuwanderung neue Herausforderungen für das Leitbild der Stadt Frankfurt eine Kultur der Vielfalt und Anerkennung zu leben bringt. Während Programme der Bundesregierung insbesondere die praktischen Aufgaben der Unterbringung, Bildung, und gesundheitlichen Versorgung adressieren, wurde in den letzten Monaten die Aufmerksamkeit des *Bündnisses für Demokratie* darauf gelenkt in wieweit die aktuelle Neuzuwanderung mit bereits existierenden Marginalisierungsprozessen in Beziehung tritt. In der hier vorliegenden Expertise wurde diese Frage untersucht. Konkret wurde eruiert wie die gegenseitige Wahrnehmung und Konfliktpotentiale zwischen marginalisierten Gruppen und Neuzuwander_innen durch Expert_innen eingeschätzt werden, welche Wechselwirkungen zu beobachten und zu erwarten sind, und welche Neuorientierung sozialpolitischer Programme notwendig ist, um eventuelle Schieflagen auszugleichen.

Diese Expertise versucht damit auch eine erste Datenlage zu schaffen um Demokratieförderung in der Stadt Frankfurt an die sich stetig

¹ Neue Migration umfasst die quantitativ und qualitativ stark veränderte Zuwanderung nach 1989. Insbesondere die Osterweiterung der EU und die innereuropäische Freizügigkeit, die Jugoslawienkriege, aber auch die andauernden Kriege im arabischen Raum vom ersten Irakkrieg bis zum aktuellen Syrienkrieg, die *failed states* im afrikanischen Raum, und der Afghanistankrieg haben zum Zuzug neuer Migrationsgruppen nach Deutschland und einer weiteren Heterogenisierung der Gesellschaft geführt (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, 2016).

wandelnden Bedürfnisse einer multikulturellen Metropole anzupassen. Im Rahmen der aktuellen Neuzuwanderung und des zeitgleichen Eintritts rechtsextremer Parteien in die Ortsbeiräte und den Frankfurter Römer bedeutet diese Expertise somit auch einen ersten Schritt, um soziale Konflikte, die von rechtsextremen Parteien instrumentalisiert werden können, frühzeitig zu erkennen, und um ihnen entgegenzutreten zu können.

Durchführung der Studie

Die hier vorgestellten Ergebnisse basieren auf einer Befragung von Expert_innen aus Institutionen und Organisationen verschiedener sozialen Bereiche (s. Anhang 1 für eine detaillierte Auflistung). Im Rahmen von neunzehn Expert_innen-Interviews, die von der Autorin durchgeführt wurden und jeweils ca. 60 Minuten dauerten, wurde durch die Expert_innen thematisiert, in wieweit Neuzuwander_innen in den jeweiligen Praxis- und Beratungsstellen wahrgenommen werden, wie sich ihre Situation in den letzten Jahren verändert hat, welches ihre speziellen Problemlagen sind, und welche Prognosen die Expert_innen für die zukünftige Entwicklung haben. Des Weiteren wurden Hinweise zur Neuorientierung sozialpolitischer Programme auf kommunaler und Bundesebene erfragt. Die Analyse der Interviews bestand aus einer offenen Kodierung nach zentralen Themen bzw. Problemfeldern und einer Synthese der Vielzahl an Fakten und Hinweisen in Orientierung an diesen Problemfeldern.

In einem weiteren Schritt wurden Daten und Fakten aus aktuellen Statistiken des Bundes und der Stadt Frankfurt recherchiert und in die Analyse mit einbezogen. Abschließend wurde der Ansatz der sozial-ökologischen Zukunftsforschung (Jahn & Wehling, 1995) genutzt, um die identifizierten Problemfelder mit zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungstrends in Bezug zu setzen.

II. Neue Migration in Frankfurt 2015-2016

Frankfurt ist eine multikulturelle Stadt: 49,8 % der Einwohner_innen², und 68% der Kinder unter 6 sind Menschen mit Migrationshintergrund (Stadt Frankfurt, 2016). Im Rahmen der Öffnung der EU-Außengrenzen ist es in den Jahren 2014 und 2015 zu einem weiteren Zuwachs an Neuzuwander_innen gekommen.

NEUZUWANDER_INNEN MIT FLUCHTERFAHRUNG IN FRANKFURT. In Frankfurt kam es im Jahr 2015 zu einem Bevölkerungszuwachs von 17 000 Personen. Hiervon waren jedoch nur 3.300 Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund.³ Die aktuelle Zahl der Neuzuwander_innen in Erstaufnahme – und Folgeeinrichtungen in Frankfurt beträgt 4512 (Stand 11.11.2016).⁴

23,33% der Zuwander_innen sind minderjährig (ca. 1.053). Hinzu kommen 358 unbegleitete minderjährige Ausländer_innen (UMA).⁵ Die Anzahl der zurzeit laufenden Asylverfahren in Frankfurt ist laut Stabsstelle Flüchtlingsmanagement unbekannt.⁶

Praktiker_innen berichten vor allem von Zuwander_innen aus Syrien, Afghanistan und Eritrea. Die größte Gruppe in den Notunterkünften seien Menschen aus Afghanistan, die eine geringe Bleibeperspektive in Deutschland haben, da die Anerkennungsquote ihrer Asylgesuche unter 50% liegt. Die meisten der anerkannten Flüchtlinge hätten sich im Stadtteil Gallus niedergelassen.

² Hiervon: Ausländer_innen 27,7%, Deutsche mit Migrationshintergrund 22,1%

³ Persönliche Kommunikation, Stabsstelle Flüchtlingsmanagement, 6.7.2016

⁴ Diese Zahl beinhaltet die von der Zentralen Vermittlung von Unterkünften (ZVU) untergebrachten Personen. Hinzu kommen Personen, die in Wohnungen der Caritas, EVU und in privatem Wohnraum, bei Familien oder Bekannten untergebracht sind. Die Zahl der untergebrachten Asylbewerber_innen hat somit seit Juli stark abgenommen (Stand 3.7.2016: 5.872). Auch die Zahl der Minderjährigen ist zurückgegangen (Stand 3.7.2016: 30,55%).

⁵ Die Zahl der Unbegleiteten Minderjährigen Ausländer (UMA) (19,45%, Stand 3.7.2016) ist somit stark zurückgegangen.

⁶ Eine Aufschlüsselung nach Herkunftsgebieten ist bisher für Frankfurt nicht erfolgt (persönliche Kommunikation, Stabsstelle Flüchtlingsmanagement, 6.7.2016).

QUALIFIKATION. Im Jahr 2014 verfügten 27% aller Asylersantragsteller_innen in Deutschland im Alter von 25 bis 64 Jahren über einen akademischen Abschluss, 27 % über eine abgeschlossene Berufsausbildung und 34 % über einen berufsqualifizierenden Abschluss.⁷ Im Jahr 2015 besaßen 17,8% der Neuzuwander_innen einen Hochschulabschluss und 20,4 % hatten das Gymnasium besucht. Unter den Asylantragsteller_innen aus Syrien hatten mehr als 50 % eine höhere Ausbildung (27 % Hochschule, 26,6% Gymnasium), bei Antragsteller_innen aus Albanien und Afghanistan die Mehrheit eine mittlere Schulbildung. Frauen bleiben in ihrem durchschnittlichen Bildungsniveau dabei hinter Männern zurück (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2016).

ZWISCHENFAZIT. Insgesamt haben die Neuzuwander_innen zu einem deutlich höheren Anteil einen Hochschulabschluss als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung (deutscher Durchschnitt: 21%). Insbesondere Neuzuwander_innen aus Syrien haben durchschnittlich einen höheren Anteil an Gymnasial- und Hochschulabschlüssen. Neuzuwander_innen sind jedoch zu einem geringeren Anteil durch eine Berufsausbildung qualifiziert als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung (deutscher Durchschnitt: 68%). Auch ist der Anteil an Personen mit geringer beruflicher Qualifikation unter den Neuzuwander_innen sehr viel höher als im deutschen Bevölkerungsdurchschnitt (9%). Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge ist entweder im Schulalter oder gehört zu der Altersgruppe, die sich in Ausbildung und Bildung befindet. Das

⁷ Asylersantragsteller_innen in Deutschland waren im Jahr 2015 zu drei Vierteln männlich und zu 68% jünger als 33 Jahre. Ungefähr die Hälfte von ihnen ist verheiratet. Die häufigsten Muttersprachen sind Arabisch (46,3%), Albanisch (18,1%) und Dari/Farsi (6,4%) (s.a. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2016). Der Anteil der Kinder (0-15 Jahre) belief sich im Jahr 2014 auf 28%; der Anteil der 16-24jährigen auf 27%.

Bildungspotential ist daher insgesamt sehr hoch (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2016).

III. Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund

Problemlagen

Für die im Zeitraum 2014-2015 zugezogenen Neuzuwander_innen in Frankfurt nennen die Expert_innen als besonders dringende Herausforderungen den Zugang zu Wohnraum, Existenzsicherung und den Zugang zum Arbeitsmarkt, den Zugang zu Gesundheitsversorgung sowie die Qualifizierung und Bildung der Kinder. Eine weitere, für Neuzuwander_innen mit Fluchterfahrung spezifische, Problemlage wurde im Bereich der muttersprachlichen psychotherapeutischen Versorgung von Flüchtlingen identifiziert.

Neuzuwander_innen begegnen nach Ankunft in Frankfurt einer Vielzahl von Herausforderungen (s.a. Alicke, Türk, & Holz, 2014; Haug, Müssig, & Stichs, 2009; Linke, Hashemi, & Voß, 2016; Peucker, 2010; von Balluseck, 2003). Chronologisch geordnet - nach Eintreten in die neue Lebensrealität der Neuzuwander_innen - sind diese:

- Spracherwerb
- Ausbildung & Qualifikation
- Wissen über die Gesellschaft und Verwaltungsstrukturen erwerben
- Bildungsstand & Anerkennung der Abschlüsse
- Klärung des Bleiberechts/Asylstatus
- Integration in den Arbeitsmarkt
- Wohnraum finden
- gesundheitliche und psychologische Folgen der Flucht bzw. Migration
- Soziale Einbindung
- Diskriminierungserfahrungen in der Aufnahmegesellschaft

Auch wenn für die Gruppe der Neuzuwander_innen zwar allgemeine Herausforderungen identifiziert werden können, unterscheiden sich die individuellen Profile von Neuzuwander_innen in erheblichem Umfang. Gruppenspezifische Problemlagen müssen daher immer in Bezug auf individuelle Profile gesehen werden, die sich durch Qualifizierung, Bleibeentscheidung, Anspruch auf Sozialleistungen und Ausgrenzungserfahrungen unterscheiden. Den allgemeinen Herausforderungen stehen daher einerseits die Ressourcen (d.h. die individuellen Profile) der Neuzuwander_innen gegenüber, die sie zur Lösung der Herausforderungen mitbringen. Auf der anderen Seite finden sich die strukturellen Hürden (Barrieren), die es ihnen erschweren, diese Herausforderungen zu bewältigen.

Die Belastung durch mehrfache, zeitgleiche Herausforderungen, die es zu lösen gilt, ist charakterisierend für die Migrationserfahrung. Insbesondere bei einer nicht-erfolgten Lösung (z.B. mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt) kann es zu chronischen Problemlagen (z.B. Arbeitslosigkeit und chronische Armut) kommen. Das Vorhandensein multipler Problemlagen ist ein klassisches Merkmal der Situation marginalisierter und vulnerabler Bevölkerungsgruppen. Die Wechselseitigkeit von individuellen Profilen (z.B. niedrige Qualifizierung oder keine Anerkennung der Qualifizierung) und die daran geknüpften Belastungen (z.B. Arbeitslosigkeit und kein Zugang zu bezahlbarem Wohnraum) ist eine der Herausforderungen der kommunalen Intervention und Praxis (Barth & Schlerath, 2009).

Im Folgenden werden die zu lösenden Herausforderungen im Zusammenhang mit den strukturellen Hilfen und Hürden, die Neuzuwander_innen vorfinden, kurz dargestellt.

Spracherwerb, Bildung und Qualifizierung

Hauptaufgaben in der ersten Phase nach der Ankunft sind der Spracherwerb zur einfachen alltagsweltlichen Kommunikation sowie die Anerkennung der Abschlüsse bzw. Bestehen der Kompetenzprüfungen (auf Deutsch). Spracherwerb für Neuzuwander_innen wird ermöglicht durch VHS-Sprachkurse, PerF-Kurse⁸ und Integrationskurse für Neuzuwander_innen während und nach dem Asylverfahren.

Es wurden im Jahr 2015 eine Vielzahl neuer Bildungsangebote geschaffen, die die Bildung und Qualifizierung von Neuzuwander_innen sicherstellen sollen, z.B. VHS-Kurse für Asylbewerberinnen ohne Aufenthalt (max. 200 Stunden), um den Warteprozess zu überbrücken, Anerkennungsverfahren für Hochschulabschlüsse und InteA-Klassen zum Deutsch-Erwerb für Schüler_innen. Des Weiteren wurden in Frankfurt bestehende Initiativen (z.B. beramí e.V.) ergänzt durch neu geschaffene Qualifizierungs- und Beratungsstrukturen (z.B. Hessisches Netzwerk „Bleib“, Caritas, Der Laden). Seit letztem Jahr wird auch in Frankfurter Unternehmen vermittelt, nachdem diese Unternehmen selbst die Finanzierung solcher Angebote möglich gemacht haben.

Die Angebote im Bereich Spracherwerb, Bildung und Qualifizierung werden von den Expert_innen als Schritte in die richtige Richtung begrüßt. Diesen Angeboten stehen jedoch strukturelle Hürden gegenüber.

So haben zum Beispiel Neuzuwander_innen mit geringer Bleibeperspektive⁹ (z.B. aus Afghanistan) keinen Anspruch auf die

⁸ Programm der Arbeitsagentur: PerF- Perspektive für Flüchtlinge. Kurse zur Feststellung berufssachlicher Kenntnisse und Fähigkeiten, Unterstützung bei der Anerkennung von Abschlüssen, Vermittlung berufsfachlicher Sprachkenntnisse, Vermittlung in Praktika, Erstellen von Lebensläufen und Bewerbungen

⁹ Menschen, die aus Herkunftsländern mit einer Schutzquote von unter 50 Prozent kommen haben eine geringe Bleibeperspektive. Menschen, die aus Herkunftsländern mit einer

Integrationskurse des BAMF. Sie haben zwar Zugang zu den von der Stadt Frankfurt finanzierten und von der Volkshochschule durchgeführten Deutschkursen, zu denen alle in Frankfurt lebenden neu zugewanderten Geflüchteten Zugang haben, diese sind allerdings auf 200 Stunden begrenzt. Deshalb haben Neuzuwander_innen mit geringer Bleibeperspektive bei Nicht-Abschiebung einen verzögerten – und damit verschlechterten - Start in den Integrationsprozess. Zuwanderer_innen über 40 als besondere Risikogruppe laufen ebenfalls Gefahr, Schwierigkeiten bei Spracherwerb und Nachqualifizierung zu begegnen. Frauen fallen ebenfalls zu einem größeren Anteil als Männer durch die Maschen der Integrationsprogramme.

Notwendige Neuorientierungen zur Überwindung dieser Hürden werden daher in folgenden Bereichen gesehen:

- die verfügbare Anzahl der Sprachkurse und Integrationskurse erhöhen
- die Erreichbarkeit der Angebote in der Stadt verbessern (da die Kosten des öffentlichen Nahverkehrs teilweise die Teilnahme verhindern)
- ruhige Räume in den Sammelunterkünften schaffen, die es Neuzuwander_innen ermöglichen, dort zu lernen (hohe Lautstärke in den Unterkünften erschwert dies)
- Gender Mainstreaming der Maßnahmen beachten (Frauen sind oftmals unterrepräsentiert wegen Verpflichtungen der Kinderbetreuung oder anderen Teilnahmebarrieren)
- Das Niveau des Spracherwerbs ausweiten (auf ein Kompetenzniveau, dass Weiterqualifizierung zulässt), um so langfristig „Halbsprachigkeit“ zu vermeiden

Schutzquote von über 50 Prozent kommen, haben eine gute Bleibeperspektive. 2016 trifft dies auf die Herkunftsländer Eritrea, Irak, Iran, Syrien und Somalia zu.

- Sprachliche Integrationsprogramme für Jugendliche fest in die Regelschule und den Regelabschluss integrieren. Zurzeit ist der langfristige Nutzen von Bildungsmaßnahmen wie InteA-Klassen unklar, da diese nur zum Spracherwerb dienen und nur bedingt zur Vorbereitung auf eine externe Prüfung für den Hauptschulabschluss. Laut Expert_innen wird dieser nur von einem kleinen Teil der InteA-Schüler_innen erreicht werden.
- Verstärkte Förderung des vorhandenen Bildungskapitals bei Neuzuwander_innen anstatt hauptsächlich berufliche Integration. Bei passenden Programmen könnten ca. 30 % von ihnen aufgrund von Gymnasial- und Hochschulabschlüssen in ihren Heimatländern in nur wenigen Jahren in hoch-qualifizierten Berufen arbeiten.
- Den Fachkräfte-Mangel im Krippen- und Kita-Bereich adressieren. Es existieren in Frankfurt eigentlich genug Plätze, aber Erzieher_innen-Stellen sind unbesetzt. Alleine bei der AWO waren im Juli 2016 35 Mitarbeiter_innen-Stellen unbesetzt. Es werden vermehrt Ausbildungsprogramme, Anerkennungsprogramme für ausländische Fachkräfte und bezahlbarer Wohnraum für Erzieher_innen in Frankfurt gefordert.
- Niedrigschwelligkeit der Krippen- und Kita-Plätze gewährleisten. Der Eigenanteil, der von Eltern zu leisten ist, obwohl sie Sozialbezüge erhalten, führt zum Verlust des Kita-Platzes, wenn er nicht gezahlt wird. Dennoch ist der Eigenanteil für Neuzuwander_innen -Familien mit vielen Kindern eine erhebliche finanzielle Belastung und sollte aufgehoben werden.
- Viele Neuzuwander_innen haben Schwierigkeiten im Zugang zu Behörden. Es wird regelmäßig von Problemen berichtet, die sich z.B. auf Sprachprobleme oder unterschiedliche kulturell-definierte Vorstellungen zu Familienstrukturen und -praktiken beziehen. Es wird hier dringend eine sprachliche und kultursensible Öffnung der Behörden angemahnt. FIM e.V. entwickelt hier zum Beispiel

zur Zeit ein Modellprojekt zur Einbindung der Behörden in eine Community von Neuzuwander_innen. Auch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten trägt als Querschnittsamt mit zahlreichen Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung bei.

Existenzsicherung und Zugang zum Arbeitsmarkt

Insgesamt sind Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund (z.B. aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea) bisher nur vereinzelt auf dem Arbeitsmarkt anzutreffen. Weder in der Bau-, Reinigungs-, Gastronomie- oder Pflegebranche – den klassischen Einstiegsbranchen – sind sie bisher in größeren Zahlen vertreten, weil sie noch im Prozess des Ankommens und der Orientierung sind und auch asylrechtlich noch nicht in Arbeitsverhältnisse eintreten dürfen.

Die Expert_innen sehen diese Gruppen jedoch einer ähnlichen Anfälligkeit ausgesetzt wie andere marginalisierte Gruppen (siehe Neuzuwander_innen aus EU-2-Ländern), da sie ebenfalls im Niedriglohnsektor ausbeuterischen Strukturen ausgesetzt werden. Sie könnten hier noch anfälliger sein als EU-Zuwanderer, da sie keine EU-Bürger_innen sind und der Residenz- und Wohnsitzpflicht¹⁰ unterliegen. D.h., dass – zur Sicherung des Aufenthaltstitels – u.U. ausbeuterische Arbeitsverhältnisse eingegangen werden. Eine

¹⁰ Asylbewerber_innen unterliegen so lange sie in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnen einer Residenzpflicht. In der Regel entfällt diese nach spätestens drei Monaten. Mit dem Integrationsgesetz vom 31. Juli 2016 wurde zudem eine gesetzliche Wohnpflicht, die sogenannte Wohnsitzauflage, festgeschrieben. Die Wohnsitzauflage gilt für drei Jahre ab Anerkennung als Flüchtling/subsidiär Schutzberechtigte_r in dem Bundesland, dem die Person zur Durchführung ihres Asylverfahrens zugewiesen wurde. Die Wohnsitzauflage findet keine Anwendung, wenn die Person durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ihren Lebensunterhalt selbst bestreitet. Das Gesetz sieht vor, dass die Länder durch Rechtsverordnung der Landesregierung oder andere landesrechtliche Regelungen die Wohnsitzauflage konkretisieren, z.B. hinsichtlich der Verteilung innerhalb des Landes. Die Länder können Flüchtlingen entweder einen konkreten Wohnsitz vorschreiben oder ihnen verbieten, den Wohnsitz an einem bestimmten Ort zu wählen (Integrationsgesetz, 31.07.2016). Zum Zeitpunkt der Publikation hat das Land Hessen hierzu noch keine landesrechtliche Regelung erlassen.

Expertin betonte, dass derartige „Beschäftigungen“ häufig schwere Gesundheitsschäden hinterlassen; Klient_innen berichteten ihr, sie fühlten sich wie „Sklaven“. Es braucht hier insbesondere auch präventive Aufklärung über die Rechte der Neuzuwander_innen als Arbeitnehmer_innen.

Es wird nur teilweise von einer Konkurrenz im Niedriglohnsektor berichtet. Hauptsächlich werden in Frankfurt dringend Arbeitskräfte in allen Sektoren des Niedriglohnsektors (Pflege, Bau, Reinigung, Gastronomie) gesucht und auch teilweise im Ausland angeworben. Dennoch wird auch von Konflikten zwischen verschiedenen Zuwanderer-Generationen berichtet (z.B. Polen vs. Bulgaren/Rumänen, Bulgaren vs. Flüchtlinge).

Zugang zu Wohnraum

Nach Klärung des Bleiberechts ist die Verfügbarkeit von sozialem Wohnraum in Frankfurt Stadt nicht gesichert. Selbst bei Anspruch auf Sozialleistungen gibt es sehr lange Wartezeiten - teilweise Jahre - auf Wohnungen für Familien und für Alleinstehende. Es wird hier einerseits die Einrichtung von geeigneten Auffang- und Übergangseinrichtungen, aber auch der zeitnahe Bau von flexiblem Wohnraum für die Bedürfnisse dieser Gruppen, als zentrale Aufgabe eingefordert.

- Aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes sind männliche Zuwanderer aus Syrien, Iran, und Irak im Winter 2016 verstärkt in der Wohnungslosen-Einrichtung für Männer WESER 5 aufgetaucht. Die Mitarbeiter_innen richten hier Postadressen für viele der syrischen Männer ein, die nicht obdachlos sind, sondern bei Verwandten und Bekannten unterkommen.
- Jugendliche Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund sind immer noch oftmals in Hostels auf Zeit untergebracht. Diese halten sich oft am Bahnhof bei den Treffpunkten für Geflüchtete

auf. Bisher wurden keine obdachlosen jugendlichen Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund auffällig.

- Afghanische Jungen wurden jedoch auf dem Straßenstrich bemerkt.
- Im Bahnhofsviertel werden 4-Bett-Zimmer zu horrenden Preisen vermietet („Matratzen-Miete“), was eine Kriminalitätsspirale mit sich bringen kann.
- Eine Expertin berichtet, dass sie zukünftig eine vorübergehende Obdachlosigkeit bei Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund für wahrscheinlich hält, jedoch keinen Anstieg der Langzeit-Obdachlosigkeit erwartet. Die Betroffenen erfahren Hilfe über ihre Familien und Bekannten und durch die Selbsthilfe der Communities. Dies kann aber natürlich aus Perspektive der Stadt keine Dauerlösung sein.

Eine wichtige Frage beim Zugang zu Wohnraum ist ein ausreichendes Einkommen, neben Sozialleistungen spielt deshalb der Zugang zum Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle. Sollten die Neuzuwander_innen sich zukünftig in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen wiederfinden, ist jedoch das Einkommen so gering, dass keine Chance besteht sich auf dem Wohnungsmarkt eine Wohnung leisten zu können. D.h., dass auch hier eine Verdrängung in skrupellose Vermietungsstrukturen („Matratzen-Miete“) erfolgen wird.

Gesundheitliche Versorgung

Die Expert_innen aus verschiedenen Bereichen berichten durchgängig von einer therapeutischen Unterversorgung der Neuzuwander_innen. Die Erfahrungen in den Konfliktregionen, auf der Flucht, und in den Sammelunterkünften haben bei vielen Neuzuwander_innen zu emotionalen Belastungen und auch Traumatisierung geführt. Insbesondere bei Kindern und bei Frauen, die zusätzlich von sexueller Gewalt betroffen waren, ist eine zeitnahe

therapeutische Intervention zwingend notwendig, um Chronifizierung zu verhindern.

Therapeutische Behandlung nach Zuweisung ist vorgesehen, aber wird in der Praxis fast niemals durchgeführt. Von der Flucht oder sexuellen Übergriffen traumatisierten Frauen wird oftmals die Therapie empfohlen, aber in fast keinem Fall umgesetzt, weil Sprach- und Kulturbarrieren das Therapieverhältnis verhindern. Zum einen sind Therapeut_innen mit den notwendigen Sprachkompetenzen in den Muttersprachen der Neuzuwander_innen die Ausnahme. Zum anderen lehnen viele Therapeut_innen in Frankfurt die Arbeit mit Übersetzer_innen ab, weil dies eine dritte Person im Raum bedeutet und somit die Beziehung zu den Klient_innen beeinflussen würde. Umgekehrt haben insbesondere viele der weiblichen Neuzuwander_innen Bedenken, sich einer kulturell und sprachlich fremden Person anzuvertrauen.

Die Expert_innen befanden, dass eine Professionalisierung der psychotherapeutischen Behandlung von Menschen mit Fluchterfahrung benötigt wird. Es werden mehrsprachige Therapeut_innen benötigt und spezielle, kultursensible Ausbildungen für Counseling und Seelsorge als Alternative zur Therapie angeregt. Ein innovatives Konzept wird hier durch Salam e.V. für muslimische Seelsorge vertreten.

Soziale Einbindung & Diskriminierungserfahrungen

Aktuelle Umfragen, Wahlergebnisse sowie die Expert_innen-Gespräche ergeben, dass zur Zeit sowohl gesellschaftliche Integration als auch Ausschluss von Neuzuwander_innen als Trends nebeneinander existieren. Einerseits wird durch Unterstützer_innen/Helfer_innen und durch Einbindung in ethnische oder religiöse Communities eine Ankunft in Frankfurt ermöglicht, andererseits erleben Neuzuwander_innen aber auch xenophobische Ablehnung und anti-muslimischen Rassismus.

In einer Umfrage von *infratest Diemap* von Ende November 2015 finden 40 % der Deutschen mit Migrationshintergrund, Deutschland solle weniger Flüchtlinge aufnehmen als derzeit. 24 % sagen sogar, Deutschland sollte gar keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. Damit unterscheiden sich diese Menschen in ihrer Skepsis kaum von Deutschen ohne Migrationshintergrund (Woldin, 2016).

Unter Umständen hat Frankfurt hier durch seine erfolgreiche Geschichte der Vielfalt und Integration eine tolerantere Einstellung als der bundesdeutsche Durchschnitt. Doch die Wahlergebnisse der AfD in Frankfurt lassen vermuten, dass auch Ablehnung ein Thema ist, mit dem Neuzuwander_innen weiterhin konfrontiert werden. So erreichte die AfD in der Frankfurter Kommunalwahl 9,6% und ist somit viertstärkste Kraft in der größten Stadt Hessens. Die höchsten Wahlergebnisse erreichte die AfD in Nied (15,3%), Sindlingen (14,3%), und Zeilsheim (14,1%). In Rödelheim, Praunheim, Gallus, Heddernheim und Harheim wurden um die 11 % erreicht (FR-online, Kommunalwahl). Die rechtspopulistische Wählervereinigung Bürger für Frankfurt (BFF) ist ebenfalls in allen Ortsbeiräten vertreten. Sie konnten insbesondere im Harheimer Ortsbezirk (13,5%) und im Ortsbezirk 11 (Fechenheim, Riederwald, Seckback, 12,2%) gut abschneiden.

Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund kommen mehrheitlich aus Herkunftsländern mit starkem muslimischem Bevölkerungsanteil. Unabhängig von ihrer tatsächlichen religiösen Zugehörigkeit und Orientierung werden Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund als ‚Muslime‘ eingeordnet. Sie sind zurzeit erstarkenden antimuslimischen Vorurteilen ausgesetzt, die ihnen religiösen Fundamentalismus, anti-demokratische Neigungen, und Frauenverachtung unterstellen. Die gesellschaftliche Ablehnung von ‚Muslimen‘ beim Zugang zu verschiedenen Sektoren der Gesellschaft,

und auch im Kontakt mit der dominanten Bevölkerung, wirkt hierbei erschwerend in Bezug auf die soziale Integration (Bertelsmann Stiftung, 2015; Peucker, 2010; Zick, Küpper, & Hövermann, 2011).

Eine Folge dieser Situation ist, so berichten einige Expert_innen, dass viele Flüchtlinge diese Tendenzen wahrnehmen und Angst haben sich als Muslime erkennen zu geben, um nicht als radikal eingeschätzt zu werden. Sie befürchten Ablehnung und Verweigerung der Hilfe.

Insbesondere wurde über mehrere Fälle berichtet, in denen es zur Abwehr des Zuzugs von Neuzuwander_innen durch Anwohner_innen in Frankfurter Stadtteilen kam. Auslösende Faktoren für diese Konflikte waren aus Sicht der Expert_innen insbesondere a) eine Konkurrenz um knappen Wohnraum; b) eine fehlende Kommunikation und Einbindung der Anwohner_innen.

Fall1: Ebert-Siedlung (Cordierstrasse 18-48, Stadtteil Gallus)

- Beschluss der ABG Frankfurt Holding Wohnungsbaugesellschaft, drei Häuserblöcke abzureißen, Mieter wurden gekündigt und mussten die Wohnungen verlassen.
- Kurzfristig wurden in 80 leergewordene Wohnungen zweier Häuserblöcke Flüchtlingsfamilien einquartiert
- Es wurde keine Bürgerversammlung einberufen
- Die Reaktion der Anwohner_innen und der Menschen, die ihre Wohnungen verloren hatten, richteten sich gegen die Flüchtlinge: „Die Flüchtlinge nehmen uns unsere Wohnungen weg“, „Die Flüchtlinge kriegen alles“
- Es gibt auch Ressentiments gegen junge Anwohner einer nahegelegenen Unterkunft, die sich nachts auf der Straße aufhalten und Lärm machen würden.

- Im März, bei Kommunalwahlen, kam es zu einem sehr hohen Anteil von AfD-Wählern im Stadtteil Gallus. In der Ebert-Siedlung im Stadtteil Gallus schnitt die AfD mit 23,1% aller Stimmen stadtweit am Stärksten ab. Allerdings hatten hier auch nur 200 der 1030 Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben, d.h. ca. 45 Menschen im Umkreis der Ebert-Siedlung wählten die AfD (Adeoso, 2016).
- Anfang Juni 2016 mussten die Neuzuwander_innen -Familien dann ausziehen, in Unterkünfte in Bonames. Am Tag danach wurde das Gebäude demontiert.

Fall 2: Harheim

- Hier war seit 15 Jahren die Schaffung einer Seniorenunterkunft geplant, aber es bestand keine Nachfrage unter den Anwohner_innen
- Eine neue Projektidee entstand 2015: Ein Wohnprojekt für Senior_innen und Flüchtlinge. Diese Idee wurde von den städtischen Vertreter_innen bei einer Bürgerversammlung vorgestellt
- Es folgten Entrüstung und Ablehnung

Fall 3: Griesheim – Hotel Anna (Frankfurter Westen)

- Vorbehalte der Bevölkerung bezüglich der Unterbringung von 170 Flüchtlingen
- Laut Zeitungsberichten keine Sozialarbeiter_innen oder Dolmetscher_innen vor Ort
- Projekt wurde im Ortsbeirat vorgestellt
- Eine Unterstützer_innen-Initiative wurde gebildet
- Die Frankfurter Rundschau berichtete wie folgt: „In Griesheim sorgt die Ankunft der Flüchtlinge für Unruhe. Gestern Abend wollte sich der örtliche Präventionsrat zur Sondersitzung treffen. „Ich fürchte, dass Rechtsradikale nach Griesheim

kommen, um Stunk zu machen“, sagt Ursula Schmidt, Vorsitzende des Präventionsrates. Yasar Arici vom Kiosk gegenüber an der Lärchenstraße schimpft auf die Stadt: „Die denken, weil Griesheim sozialer Brennpunkt mit mehr als 40 Prozent Ausländer ist, können sie noch mehr herbringen.“ (FR, 30.9.2016)

Fall 4: Sporthalle Unterliederbach

- die Sporthalle Unterliederbach, eine Halle aus den fünfziger Jahren, die von Vereinen und Schulen für Sport und kulturelle Veranstaltungen genutzt wurde, war in Teilen sanierungsbedürftig und wurde geschlossen
- Ein breit aufgestellter Arbeitskreis "Sport- und Kulturhalle" wies nach, dass die Halle gebraucht wird, da der Stadtteil Unterliederbach derzeit stark wächst. Der Arbeitskreis fand eine Möglichkeit, die Halle so in Stand zu setzen, dass der Kostenrahmen akzeptabel war und die Halle bis zum Neubau hätte genutzt werden können. Darauf einigte sich der Arbeitskreis mit dem Sportdezernat. kurzfristige Nutzung der Halle für die Unterbringung von Flüchtlingen ohne den Arbeitskreis und die Bürger_innen im Stadtteil zu informieren
- Baumaßnahmen wurden begonnen, aber nichtentsprechend der Übereinkunft vorgenommen
- .wegen der fehlenden Kommunikation über diese Entscheidung Ablehnung des Projekts durch die ansässigen Bürger_innen.
- Der Konflikt wurde auch in der Presse und in diversen politischen Gremien ausgetragen.
- neue Vereinbarung, dass die Halle, wenn sie nicht mehr als Notunterkunft gebraucht würde, in nutzbarem Zustand den Bürger_innen des Stadtteils zur Verfügung gestellt würde.
- Der Arbeitskreis Sport- und Kulturhalle, in dem auch etliche Sportvereine engagiert waren, wurde dann selbst sehr aktiv bei der Unterstützung der unbegleiteten minderjährigen

Ausländer_innen (UMA). Gerade die Sportvereine haben laut einer Expertin dafür gesorgt, dass die Jugendlichen im Stadtteil schnell Anschluss fanden.

Insgesamt wird von den Expert_innen betont, dass eine Einbindung der etablierten Anwohner_innen bei der Schaffung von Unterkünften und Wohnraum für Neuzuwander_innen notwendig ist, um Abwehr zu verhindern. Offene Runden mit Anwohner_innen und partizipative Verfahren sind hier notwendig. Umgekehrt ist die Knappheit von Wohnraum in Frankfurt ein chronisches Problem und die Konkurrenz um diesen Wohnraum daher fast nicht zu vermeiden. Die Schaffung von mehr sozialem Wohnraum ist also ein wichtiger Schritt, um zukünftige Konkurrenz- und damit Radikalisierungssituationen zu vermeiden.

Laut den Expert_innen berichten viele Neuzuwander_innen jedoch nicht nur über Ablehnung, sondern freuen sich auch über das große Engagement der Bevölkerung und von Frankfurter Unternehmer_innen bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Insgesamt weist der internationale, multikulturelle Charakter der Stadt Frankfurt auch existierende Strukturen auf, die eine soziale Integration der Neuzuwander_innen erleichtern. Viele Frankfurter Stadtteile sind sehr divers und die Aufnahme von Neuzuwander_innen in ethnische bzw. muslimische Communities in den einzelnen Stadtteilen kann als erster Schritt im Integrationsprozess gewertet werden.

Zum Beispiel öffnen sich die Frankfurter muslimischen Gemeinden den verschiedenen Menschen und religiösen Richtungen. Die Mitgliederzahlen der Gemeinden haben sich „gefühlverdoppelt“, denn diese sind ein wichtiger Anlaufpunkt für viele Neuzuwander_innen. Die Gemeinden reagieren indem sie eine größere Anzahl an kulturellen Angeboten, aber auch Beratungs- und

Integrationsangebote anbieten (z.B. Essen für Flüchtlinge, Frauentag, Beratung beim Frauentag in der Taleb-Moschee, Griesheim). Es ist hier besonders hervorzuheben, dass eine Abgrenzung von oder Vorbehalte gegen Mitglieder anderer islamischer Richtungen in den Hintergrund getreten sind.

Spezielle Risikogruppen: Frauen & Kinder

Frauen

Den Expert_innen zufolge hatten Frauen direkt nach der Ankunft in Frankfurt große Probleme in den Unterkünften. In vielen Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften mangelt es an Privatsphäre. Im inzwischen geschlossenen Neckermann-Gebäude gab es zudem nur einen einzigen Computer. Den Konkurrenzkampf um dessen Nutzung entschieden die Männer unter sich. Es gab Gerüchte, über sexuelle Belästigung durch Wachkräfte im Neckermann-Gebäude. Diese konnten jedoch nicht offiziell bestätigt werden. Die Frauen empfinden ein starkes Schamgefühl und bringen die Übergriffe nicht zur Anzeige. Neue Standards für die Unterbringungseinrichtungen und eine gender-sensible Perspektive fehlen bisher, aber werden von den Expert_innen dringend gefordert.

Frauen werden auch in Bezug auf Bildung und Berufsfindung weniger erreicht als Männer: 13 % der Flüchtlinge in Hessen sind Frauen, aber nur 10 % aller Frauen nehmen an Bildungsmaßnahmen teil. Die Teilnahme an Deutschkursen und anderen Kursen für Neuzuwander_innen ohne Aufenthaltstitel ist oftmals nicht möglich, da diese ohne Kinderbetreuung angeboten werden. Viele der Frauen sind im Moment noch in Sammelunterkünften, wo sie ihre Kinder nicht alleine lassen können und wollen. Es werden daher mehr Angebote mit Kinderbetreuung, insb. bei Sprach- und

Qualifizierungsangeboten gefordert, um die Teilnahmemöglichkeiten für Frauen zu erhöhen.

Auch außerhalb der Qualifizierungsmaßnahmen brauchen insbesondere alleinstehende Frauen Unterstützung bei der Kindererziehung in dieser schwierigen Übergangssituation. Die Unterbringung in Hotels ist für alleinstehende Frauen die schlechteste Lösung. Hier wird auch keine Betreuung und Beschulung für die Kinder angeboten. „Informelle Helfer_innen“, die gegen Geld schlechte Orientierungshilfe leisten, verschlimmern das Problem häufig noch.

Insbesondere Flüchtlingsfrauen aus Eritrea kommen häufig alleine. Sie fallen auch vermehrt durch alleinstehende Mutterschaft auf.

Das Beratungsangebot von FIM e.V. wird vor allem von Migrant_innen aus afrikanischen Ländern und seit der EU-Osterweiterung auch von rumänischen und bulgarischen Frauen in Anspruch genommen. Der zukünftige Bedarf an Beratung für Frauen aus dem Irak, Syrien, und Afghanistan wird steigen. Vorerst wird mit Studentinnen als Sprachmittlerinnen gearbeitet, aber eigene sprachlich qualifizierte Fachkräfte fehlen.

Auch junge Frauen, ohne Familien, die eigentlich alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche (Arbeitsmarkt-) Integration hätten, gehen eher den Weg des Kinderkriegens (mit und ohne Partner). Dies ist nicht nur ein Resultat mangelnder Aufklärung oder einer traditionellen Frauenrolle, sondern hat auch eine Ursache darin, dass sich die Frauen eine eigene Familie schaffen wollen. Expert_innen geben hier eine negative Prognose, in der viele Neuzuwander_innen vermehrt in der traditionellen Frauenrolle verbleiben bzw. als alleinerziehende Mütter gesellschaftlich marginalisiert werden.

Neue Ansätze müssen entwickelt werden, um diese Frauen zu erreichen. Insbesondere muslimische Beraterinnen geben hier laut den Expert_innen eine Signalwirkung und verringern Berührungängste. Der neue Frankfurter Verein RAHMA Zentrum e.V. versucht die Schnittstelle zwischen den Bedürfnissen der Frauen und Sprach- und Kulturmittlung zu übernehmen und vermittelt zu den Frühen Hilfen und Familienhilfe.

Traumatisierte Kinder

Kinder in Familien mit Fluchterfahrung sind oftmals über einen langen Zeitraum extremen emotionalen Belastungen durch Krieg und Flucht ausgesetzt, und häufig traumatisiert. Die langfristigen Folgen von nicht-behandelter Traumatisierung sind schwerwiegend und führen z.B. zu Schulversagen, Drogenmissbrauch, und psychologischen Erkrankungen. Eine zeitnahe Intervention ist deshalb zwingend notwendig.

Um dieses leisten zu können bedarf es einerseits einer Qualifizierung der Fachkräfte in Krippen, Kitas und Schulen, um emotionale Belastungen und Traumatisierung erkennen zu können (z.B. durch Fortbildungen, Zusatzqualifizierungen). Andererseits werden dringend muttersprachliche therapeutische Angebote benötigt (siehe: gesundheitliche Versorgung).

Jugendliche im Alter von 16-21

Derzeit ist die langfristige Effektivität von Bildungsmaßnahmen für jugendliche Neuzuwander_innen (z.B. InteA-Klassen) nicht geklärt, da diese Klassen zum Spracherwerb dienen und nur bedingt zur Vorbereitung auf eine externe Prüfung für den Hauptschulabschluss. Laut Expert_innen wird dieser vermutlich nur von einem kleinen Teil der InteA-SchülerInnen erreicht werden. Die Befürchtung, dass ein großer Anteil von jugendlichen Neuzuwander_innen - ohne Schulabschluss und Berufsausbildung - den Übergang in den Arbeitsmarkt nicht schaffen wird, wird durch die Expert_innen

geäußert. Zusätzliche Angebote, um Schulabschluss und Berufsausbildung bzw. höhere Qualifizierung, sicher zu stellen, sind notwendig. Des Weiteren sind gerade bei jugendlichen Neuzuwander-innen, die im Herkunftsland eine höhere Schulform besucht haben, Zusatzprogramme zum Übergang in das Gymnasium nötig, um auch Möglichkeiten hochqualifizierter Bildung zu eröffnen.

UMA (Unbegleitete Minderjährige Ausländer_innen)

Eine große Gruppe waren im Jahr 2014/2015 unbegleitete Kinder und Jugendliche. Ihre Anzahl ist jedoch im Jahr 2016 stark zurückgegangen.

Mitte 2015 wurden viele Angebote für diese Gruppe von Jugendlichen durch Frankfurter Träger ins Leben gerufen. Eine Expertin berichtet, dass es ein starkes Interesse seitens des Jugend- und Sozialamts - und zwar konkret im Jugendbildungswerk und der Abteilung offene Kinder- und Jugendarbeit – gab Angebote der Jugendhilfe für UMA zu öffnen bzw. anzupassen. Dazu wurden in den Sommerferien 2015 alle freien Träger, die vom Jugend- und Sozialamt institutionell gefördert werden, zu einem Treffen eingeladen, um Kooperationen zu entwickeln.

Die große Bereitschaft der Träger scheiterte zum Teil an strukturellen Barrieren: Jugendliche durften nicht selber zu den Angeboten gehen, sondern sollten gebracht werden, was personell nicht möglich war. Es gab Versuche Jugendliche abzuholen, was jedoch nicht klappte, weil die Jugendlichen, die sich für Veranstaltungen angemeldet hatten, verlegt, beim Arzt, bei Untersuchungen usw. waren und nicht angemeldete Jugendliche nicht mitdurften. Es gab Probleme audiovisuelle Projekte zu machen, weil die Jugendlichen seitens des Amtsvormunds (Jugend- und Sozialamt) nicht fotografiert und gefilmt werden dürfen usw.

Mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von ausländischen Kindern und Jugendlichen“ vom 1. November 2015 änderte sich dann die UMA-Landschaft in Frankfurt.

Zuvor waren viele Jugendliche bis zu einem Jahr oder länger im Clearing-Verfahren, weil die Zuweisung in die zuständigen Kommunen oder Landkreise stockte. Plötzlich war die Verweildauer der Jugendlichen nur noch wenige Wochen, in denen gerade mal die akute Gesundheitsversorgung, psychosoziale Angelegenheiten und asylrechtliche Belange bearbeitet, nicht aber kulturelle Bildung und Freizeitangebote vermittelt werden konnten. Im Winter 15/16 schlossen dann die meisten Unterkünfte, begonnene Kooperationen mit Jugendhilfeträgern endeten somit.

UMAs bleiben derzeit – trotz Königssteiner Schlüssel¹¹ - relativ lange in Frankfurt, weil die Weiter-Zuweisung an andere Kommunen oftmals wegen fehlender Kapazitäten in anderen Regionen nicht klappt. Die Jugendlichen leben in Folge meist in Hotels in Unterkünften auf Zeit. Viele der Jugendlichen sind wegen gesundheitlicher Probleme und Schlafstörungen medikamentös eingestellt. Eine weitergehende sozialpädagogische Betreuung erfolgt kaum.

ZWISCHENFAZIT. Die von den Expert_innen identifizierten strukturelle Hürden, insbesondere im Zugang zu Bildung und Qualifizierung, könnten perspektivisch zur Schaffung einer neuen Gruppe von prekarierten Neuzuwander_innen führen. Die aktuelle Neuzuwanderung aus dem Jahr 2014-2015 ist noch nicht auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt in Frankfurt angekommen, d. h. Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund sind vorerst noch nicht als Konkurrenten im Arbeitsmarkt (Niedriglohnsektor) oder auf dem Wohnungsmarkt aufgetreten. Sollte diese Situation eintreten, erhöht

¹¹ Nach dem sogenannten "Königssteiner Schlüssel" wird festgelegt, wieviele Asylsuchende ein Bundesland aufnehmen muss. Dies richtet sich nach Steuereinnahmen (2/3 Anteil bei der Bewertung) und der Bevölkerungszahl (1/3 Anteil bei der Bewertung). Die Quote wird jährlich neu ermittelt. Im Jahr 2015 hat NRW die höchste Quote und Bremen die niedrigste Quote Asylsuchende aufzunehmen.

sich das Risiko gesellschaftlicher Polarisierung, xenophobischer Abgrenzung und sozialer Konflikte.

In den Quartieren ist eine Einbindung von Anwohner_innen bei der Schaffung von Unterkünften und Wohnraum für Neuzuwander_innen notwendig, um Abwehr zu verhindern. Offene Runden mit Anwohner_innen und partizipative Verfahren sind hier notwendig. Die Schaffung von mehr sozialem Wohnraum ist also ein wichtiger Schritt um zukünftige Konkurrenz- und damit Radikalisierungssituationen zu vermeiden.

Frauen, Kinder und Jugendliche sowie Neuzuwander_innen über 40 wurden als spezielle Risikogruppen identifiziert, die an ihren Bedarfen orientierte Förderung benötigen, die über die jetzigen Angebote hinausgehen.

IV. Neuzuwander_innen aus EU-2 (Rumänien und Bulgarien)

Problemlagen

Die Expert_innen identifizierten durchgängig Neuzugewanderte aus Südosteuropa, insbesondere Rumänien und Bulgarien, als die in Frankfurt am stärksten von Marginalisierung betroffene gesellschaftliche Gruppe. Eine aktuelle qualitative Studie zur Situation von Neuzugewanderten aus Rumänien und Bulgarien in Frankfurt zeigt, dass diese heterogene Gruppe besonders neuen Formen extremer Armut durch instabile Lebenssituationen ausgesetzt ist, da sie durch das soziale Netz fällt (Alicke et al., 2014).

Frankfurt a.M. stand im Jahr 2013 mit einem Zuzug von 12.710 Personen aus EU-Mitgliedstaaten bundesweit an zweiter Stelle. Hiervon kamen im Jahr 2013 2.246 Personen aus den EU-2-Staaten.¹² Im Juni 2013 waren 6.621 Personen mit rumänischer und 5.598 Personen mit bulgarischer Staatsangehörigkeit in Frankfurt am Main gemeldet (Alicke et al., 2014).

Im Folgenden werden kurz die Problemlagen dieser Gruppen sowie spezielle Risikogruppen dargestellt, um in einem nächsten Schritt die Querverbindungen zur aktuellen Neuzuwanderung aus dem Jahr 2014-2015 zu diskutieren.

Spracherwerb, Bildung und Qualifizierung

Laut den Expert_innen kann die schulische und berufliche Qualifikation der Zuwanderer aus den EU-2-Staaten nicht belastbar festgestellt werden. Im Februar 2014 erhielten 1.130 Personen aus Bulgarien und 1.169 Personen aus Rumänien Transferleistungen im

¹² Diese Zahlen schließen andernorts gemeldete oder nicht wieder abgemeldete Personen mit ein.

Rahmen des SGB II (Angaben des Jobcenter Frankfurt a.M.) (Alicke et al., 2014). Daraus folgt, dass der Großteil der in Frankfurt lebenden Migranten aus Bulgarien und Rumänien erwerbstätig sind, während ca. 20% Transferleistungen erhalten.

Die Expert_innen verweisen jedoch darauf, dass insbesondere Neuzuwander_innen aus den EU-2-Ländern, insbesondere Roma und Bulgaro-Türk_innen, die auch in ihren Herkunftsländern stark ausgegrenzt werden und daher nur eine niedrige schulische Bildung mitbringen, nur wenige Chancen auf Zugang zu qualifizierten Berufen in Deutschland haben. Die nachträgliche Qualifizierung von Zuwander_innen aus Rumänien und Bulgarien ist momentan nicht vorgesehen. Seit 2015 haben EU-2-Bürger_innen volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Sie landen trotzdem oft in (schein-)selbständigen Beschäftigungsverhältnissen. Aufgrund der zum großen Teil niedrigen Schulbildung dieser Zuwanderungsgruppe im Herkunftsland, bleiben diese Zuwander_innen daher in nicht-qualifizierten Beschäftigungsverhältnissen verankert. Sie haben im Rahmen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit nach 6 Monaten in einem Beschäftigungsverhältnis Anspruch auf Sozialleistungen; dieser Anspruch wird jedoch in der Praxis oftmals nicht realisiert.

Durch den spezifischen EU-Status stehen dieser Gruppe von Neuzuwander_innen keine sprachlichen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung.

Die größte Hürde in Bezug auf Bildung und Qualifikation der Kinder dieser Gruppe ist die für einen Schulbesuch notwendige Meldung an einem festen Wohnsitz, die viele Familien nicht erbringen können. Wenn diese Hürde genommen ist, ist der Übergang in Kita und Schule prinzipiell möglich (z.B. über das Meldeamt und das staatliche Schulamt). Ängste der Eltern, Ausgrenzungserfahrungen als Roma, und Wohnsitzwechsel führen trotzdem oftmals zu schwierigen Bildungsverläufen oder Bildungsabbrüchen.

Existenzsicherung und Zugang zum Arbeitsmarkt

Neuzuwander_innen aus EU-2-Ländern müssen selbst innerhalb von sechs Monaten Arbeit finden oder nachweisen, dass sie sich ernsthaft bemüht haben. Diese Regelung wird zurzeit verschärft und es soll für fünf Jahre kein Anspruch auf Leistungen bestehen. Nur bei mindestens 6 Monaten Arbeit in Teilzeit, Vollzeit, oder Mini-Jobs haben sie Anspruch auf ALG-II-Leistungen.

Beide Gruppen sind verstärkt der Ausbeutung in illegalen Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt oder im Niedriglohnsektor (z.B. Lohndumping auf dem Bau) beschäftigt. Viele Neuzuwander_innen aus Rumänien verdienen ihr Einkommen als Flaschensammler_innen. Expert_innen berichteten, dass Gruppen auf einer Industriebrache in der Gutleutstraße in selbstgezimmernten Hütten leben. Bulgarische Roma finden sich oft auf dem „Arbeitsstrich“ – sie sind durch ihre marginalisierte Lage in Bulgarien an Ausbeutung gewöhnt und haben keine Erwartung an gesetzlichen Schutz. Bulgaro-Türk_innen suchen in der Regel Kontakt zur türkischen Community, werden aber auch dort von Unternehmer_innen ausgebeutet. Die Gruppe der Bulgaro-Türken ist in den letzten Jahren auch verstärkt in der Wohnungslosen-Einrichtung für Männer WESER 5 aufgetaucht.

Ein Teil betreibt Existenzsicherung durch das Flaschensammeln; ein anderer versucht durch Minijobs (z.B. Zeitungsausträger_innen) den Weg in die Selbständigkeit zu schaffen. Diese illegalen und Niedriglohn-Tätigkeiten sind in der Regel nicht (vollständig) sozialversichert und viele arbeiten unter dem Mindestlohn. Niedrigschwellige Einstiegsjobs, die staatlich subventioniert sind, sind notwendig, damit die Arbeiter_innen und Familien Fuß fassen können.

Gesundheitliche Versorgung

In Bezug auf die Gesundheitsversorgung ist eine der Herausforderung, dass diese Gruppen oftmals keine europäische Krankenversicherung haben und so nur die niedrighschwelligten, kostenlosen Sprechstunden zur Notfallversorgung in Anspruch nehmen können. Umfassendere Behandlungen, Schwangerschaftsvorsorge, schwere Erkrankungen (z.B. Nierentransplantate) oder Psychotherapie werden nicht übernommen und diese bleiben somit oftmals unbehandelt.

Soziale Einbindung und Diskriminierung

Fest verankerte antiziganistische Vorurteile erschweren den Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen erheblich. Antiziganismus ist eine historisch gewachsene Vorurteilsstruktur, die eine homogenisierende und essentialisierende Wahrnehmung und Darstellung bestimmter Gruppen und Individuen unter dem Stigma „Zigeuner“ – und damit verbunden eine Zuschreibung spezifischer abweichender Eigenschaften, diskriminierende soziale Strukturen und gewaltförmige Praxen beinhaltet (End, 2013).

Neuzuwander_innen aus Rumänien und Bulgarien, insbesondere Bulgaro-Türk_innen und Roma, sind extremer gesellschaftlicher Ausgrenzung und Stigmatisierung ausgesetzt (Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2014). Bulgaro-Türk_innen und Roma leben zu einem großen Teil unsichtbar und marginalisiert. Eine Einbindung in Schule, Qualifizierungssystem, Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt der Stadt Frankfurt besteht nicht.

Es existieren einige wenige Nachbarschaftsprojekte auf der Stadtteilebene, in der Kontakte zwischen Roma und Nicht-Roma aufgebaut werden sollen. Eine wichtige Interessenvertretung und auch Bildungsträger in Frankfurt ist der Verein Roma e.V..

Spezielle Risikogruppen

Bulgaro-Türk_innen und Roma

Unter den Neuzuwander_innen aus Rumänien und Bulgarien werden Roma und die türkisch-sprachige Minderheit aus Bulgarien (umgangssprachlich: Bulgaro-Türk_innen) als besondere Risikogruppen identifiziert. Für die Gruppe der Roma (als Zuwander_innen) und Sinti (die als deutsche Staatsbürger_innen keine Zuwander_innen sind, aber durch ähnliche Marginalisierungsstrukturen betroffen sind) sowie der Bulgaro-Türk_innen zeichnet sich hier ein verschärftes Risiko den Herausforderungen ihrer Situation nicht gewachsen zu sein ab. Beide Gruppen sind in Frankfurt starken Vorurteilen und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt. Antiziganismus als etablierte gesellschaftliche Vorurteilsstruktur bedeutet alltägliche Ausgrenzung in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche und bei der sozialen Integration. Bulgaro-Türk_innen sind hierbei ebenfalls von antiziganistischer Zuschreibung betroffen. Sie reagieren damit, dass sie sich stark von Roma-Zuwander_innen abgrenzen.

Bulgaro-Türk_innen haben durch die Freizügigkeit der EU-Osterweiterung ein Aufenthalts- und Arbeitsrecht in Deutschland. Viele der Bulgaro-Türk_innen in Frankfurt leben in Höchst, Nied, und Sossenheim. Sie gehören zu den am stärksten marginalisierten Gruppen, die oftmals keine Schulbildung haben und auch ihre Kinder oftmals nicht zur Schule schicken.

Frauen

Das Betteln auf der Straße wird insbesondere von Roma-Frauen als einzige Möglichkeit zum Geldverdienst gesehen. Diese Frauen schlafen dann zusammen in großen Gruppen auf der Straße in der Frankfurter Innenstadt, da sie oftmals nicht die Kriterien für die Notunterkünfte erfüllen (z.B. Gewalt zu Hause bei TAMARA). Auch

ein Mutter-und-Kind-Haus gibt es nicht mehr. Frauen mit Kindern vertrauen sich nicht den Behörden an aus Angst, dass der Kinderschutz ihnen die Kinder wegnimmt.

ZWISCHENFAZIT. Menschenrechtsorganisationen betonen, dass die „Armutsmigration“ aus Südosteuropa treffender als eine Flucht vor Menschenrechtsverletzungen und Marginalisierung bezeichnet werden muss. Diese Bewegung ist kaum noch umkehrbar, da die Marginalisierungserfahrungen in den Herkunftsländern noch wesentlich schlimmer sind als in Frankfurt. Insbesondere die in Frankfurt lebenden Zuwander_innen aus Rumänien und Bulgarien - und unter ihnen insbesondere die stark marginalisierten Gruppen der Bulgaro-Türk_innen und Roma - sind „da“ und ihre Kinder werden ebenfalls hier aufwachsen – ob als Teil der Gesellschaft oder an ihren Rändern. Für die Stadt Frankfurt bedeutet dies, dass sie ihre kommunalen Bildungs- und Nachqualifizierungsangebote als auch die Verfügbarkeit von Hilfen inklusiv erweitern muss, wenn sie eine weitere Marginalisierung und neue Formen extremer Armut in der Stadt verhindern möchte.

IV. Querverbindungen & Wechselwirkungen

In dieser Expertise wurde der Frage nachgegangen, ob die aktuelle Neuzuwanderung für das Leitbild der Stadt Frankfurt, eine Kultur der Vielfalt und Anerkennung zu leben, neue Herausforderungen bringt. Es wurde insbesondere eruiert in wieweit die aktuelle Neuzuwanderung mit bereits existierenden Marginalisierungsprozessen in Beziehung tritt. Wie die Ergebnisse zeigen, überschneiden sich die Problemlagen für Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund und Neuzuwander_innen aus Rumänien und Bulgarien in wesentlichen Aspekten:

I. Qualifizierung und Bildung der Kinder

Kinder aus NeuzuwanderInnen-Familien mit Fluchthintergrund haben Anspruch auf Bildung und Qualifizierung. Es besteht Zugang zu Krippen- und Kitaplätzen, Willkommensklassen und Sprach-Intensivförderung in Frankfurter Schulen. Jugendliche Neuzuwander_innen, kurz vor dem Übergang ins Erwachsenenalter und Berufsleben, sind hier tendenziell in der schwierigsten Situation: Es besteht keine Schulpflicht für Neuzuwander_innen ab 16 Jahren. Es besteht das Risiko, dass ein großer Anteil von jugendlichen Neuzuwander_innen - ohne Schulabschluss und Berufsausbildung - den Übergang in den Arbeitsmarkt nicht schaffen wird. Des Weiteren wird durch eine Fokussierung auf berufliche Bildung die Möglichkeit der Unterstützung von Qualifizierung für Sekundarstufe II und Hochschule vernachlässigt.

Kinder aus NeuzuwanderInnen-Familien aus Rumänien und Bulgarien haben einen Anspruch auf Schulbildung. Jedoch wird der Schulbesuch von einem festen Wohnsitz (Meldeadresse) abhängig gemacht. Gerade für Kinder aus bulgaro-türkischen- und Roma-Familien stellt dies eine Hürde dar. Viele Eltern haben des Weiteren selbst die Schule nicht besucht, welches die Schwelle zur Einschulung der Kinder erhöht. In vielen Roma-Familien ist ein historisch

begründetes Misstrauen gegenüber deutschen Bildungsinstitutionen (aufgrund der Verfolgungserfahrung der Community im Nationalsozialismus) verbreitet.

II. Existenzsicherung und Zugang zum Arbeitsmarkt

Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund befinden sich zurzeit noch im System der sprachlichen und beruflichen Qualifizierung und tauchen erst vereinzelt auf dem Arbeitsmarkt auf. Spezielle Risikogruppen sind hier Frauen und Neuzuwander_innen über 40, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert wird. Die von den Expert_innen identifizierten strukturelle Hürden, insbesondere im Zugang zu Bildung und Qualifizierung, könnten perspektivisch zur Schaffung einer neuen Gruppe von prekarierten Neuzuwander_innen, die sich hauptsächlich im Niedriglohnsektor und illegalen Beschäftigungsverhältnissen wiederfindet, führen. Weiterhin wird berufliche Bildung und Zugang zum Niedriglohnsektor weiterhin priorisiert, während Maßnahmen zur Hochqualifizierung bisher noch keine belastbaren Ergebnisse vorweisen.

Neuzuwander_innen aus Rumänien und Bulgarien, insbesondere Bulgaro-Türk_innen und Roma, sind durch fehlende sprachliche und berufliche Qualifizierung stark marginalisiert. Sie sind im Niedriglohnsektor auf dem Bau, im Bereich der Mini-Jobs, in illegalen Beschäftigungsverhältnissen, als Flaschensammler_innen und als Bettler_innen tätig. Insgesamt sind die Gruppen der Bulgaro-Türk_innen und Roma durch extreme Armut gekennzeichnet. Durch den spezifischen EU-Status stehen dieser Gruppe von Neuzuwander_innen keine sprachlichen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung.

III. Zugang zu Wohnraum

Beide Gruppen erleben durch kaum verfügbaren sozialen Wohnungsbau einen erschwerten Zugang zu regulären Mietverhältnissen. Neuzuwander_innen aus Rumänien und Bulgarien, insbesondere Bulgaro-Türk_innen und Roma, sind bereits jetzt mit vorübergehender oder chronischer Obdachlosigkeit konfrontiert sind bzw. skrupellosen Vermietungsstrukturen („Matratzenmiete“) ausgeliefert. Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund befinden sich zurzeit noch im Übergangssystem und tauchen erst vereinzelt auf dem freien Wohnungsmarkt bzw. in Obdachloseneinrichtungen auf. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Gruppe von Zuwander_innen ebenfalls nur zum Teil Zugang zum Wohnungsmarkt erlangen wird, besteht.

IV. Gesundheitsversorgung

Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund haben Anspruch auf Gesundheitsversorgung. Allerdings wird durch sprachliche und kulturelle Hürden der Zugang, insbesondere zu therapeutischen Angeboten, erschwert. Es werden sprach- und kultursensible Angebote und Ausbildung von Fachkräften benötigt (z.B. Ärzte, Therapeuten).

Neuzuwander_innen aus Rumänien und Bulgarien haben keinen Anspruch auf Gesundheitsversorgung. Insbesondere Bulgaro-Türk_innen und Roma nutzen die niedrigschwelligen, kostenlosen Sprechstunden zur Notfallversorgung. Anspruch auf umfassendere Versorgung, wie Schwangerschaftsvorsorge, Behandlung schwerer Erkrankungen oder Psychotherapie besteht nicht und diese Gruppe ist somit medizinisch unterversorgt.

In einem zweiten Schritt wurde untersucht welche gegenseitigen Wahrnehmungen und Konfliktpotentiale zwischen marginalisierten

Gruppen und Neuzuwander_innen am Entstehen sein könnten und welche Wechselwirkungen zu beobachten und zu erwarten sind.

V. Soziale Integration

Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund kommen mehrheitlich aus Herkunftsländern mit großem muslimischem Bevölkerungsanteil. Unabhängig von ihrer tatsächlichen religiösen Zugehörigkeit und Orientierung werden Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund als ‚Muslime‘ wahrgenommen. Sie sind zurzeit erstarkenden antimuslimischen Vorurteilen ausgesetzt, die ihnen religiösen Fundamentalismus, anti-demokratische Neigungen, und Frauenverachtung zuschreiben. Die gesellschaftliche Ablehnung von ‚Muslimen‘ beim Zugang zu verschiedenen Sektoren der Gesellschaft, und auch im Kontakt mit der dominanten Bevölkerung, wirkt hierbei erschwerend in Bezug auf die soziale Integration.

Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund werden von anderen marginalisierten Gruppen als Konkurrenz insbesondere um knappen Wohnraum wahrgenommen. Mehrere Konflikte um Wohnraum haben zu xenophobischer Abwehr und rechtsextremem Wahlverhalten geführt.

Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund sind zum Großteil noch nicht auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt in Frankfurt angekommen, d. h. sie sind de facto bisher noch nicht als Konkurrent_innen im Arbeitsmarkt (Niedriglohnsektor) oder auf dem Wohnungsmarkt aufgetreten. Sollte diese Situation eintreten erhöht sich das Risiko gesellschaftlicher Polarisierung, xenophobischer Abgrenzung und sozialer Konflikte.

Neuzuwander_innen aus Rumänien und Bulgarien, insbesondere Bulgaro-Türk_innen und Roma, sind extremer gesellschaftlicher Ausgrenzung und Stigmatisierung ausgesetzt. Bulgaro-Türk_innen und Roma leben zum großen Teil unsichtbar und marginalisiert. Eine Einbindung in Schule, Qualifizierungssystem, Arbeitsmarkt und

Wohnungsmarkt der Stadt Frankfurt besteht kaum. Fest verankerte antiziganistische Vorurteile erschweren den Zugang zu all diesen Sektoren erheblich.

In einem dritten Schritt soll nun diskutiert werden welche Neuorientierung sozialpolitischer Programme dazu beitragen könnten die hier identifizierten Schief lagen auszugleichen.

V. Szenarien für die Zukunft

Prognosen für Frankfurt

Drei Entwicklungen weisen auf die Notwendigkeit eines pragmatischen und zukunfts-gewandten Lösung hin: Die abnehmende Bevölkerungsentwicklung, der demographische Wandel mit einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft und der Strukturwandel der Arbeitswelt.

BEVÖLKERUNG. Die Bevölkerungszahl in Deutschland sank bereits in den Jahren 2003 bis 2010. Ein weiterer Bevölkerungsrückgang konnte seit 2011 nur aufgrund einer ungewöhnlich hohen Zuwanderung verhindert werden. Bei der Fortsetzung der langfristigen demografischen Trends wird die Einwohnerzahl von 80,8 Millionen) auf 67,6 (kontinuierliche Entwicklung bei schwächerer Zuwanderung), beziehungsweise 73,1 Millionen (kontinuierliche Entwicklung bei stärkerer Zuwanderung), im Jahr 2060 abnehmen (Statistisches Bundesamt, 2015).

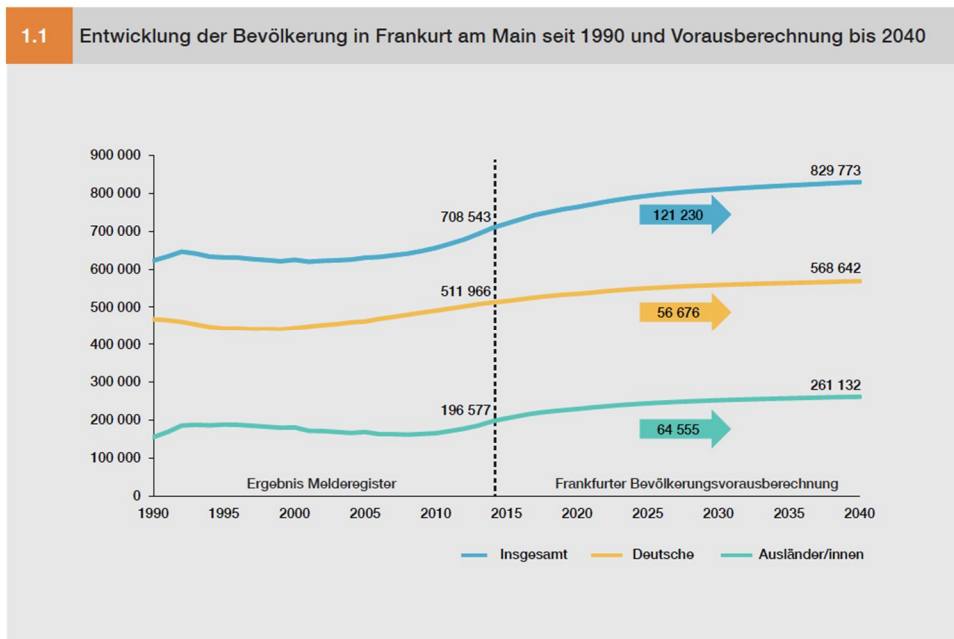


Figure 1 Bevölkerungsprognose Frankfurt a.M. (2015)

Frankfurt hatte im März 2013 713 000 gemeldete Einwohner_innen. Die Prognosen lassen erwarten, dass diese Zahl auf 810 000 (2030) bzw. 830 000 (2040) steigen wird (Bürgeramt Statistik und Wahlen Frankfurt, 2015, siehe Schaubild). Diese Prognosen schließen jedoch die aktuelle Neuzuwanderung nicht mit ein.

DEMOGRAPHISCHER WANDEL. Das Altern der heute stark besetzten mittleren Jahrgänge führt zu gravierenden Verschiebungen in der Altersstruktur. Im Ausgangsjahr 2013 bestand die Bevölkerung Deutschlands zu 18 % aus Kindern und jungen Menschen unter 20 Jahren, zu 61 % aus 20- bis unter 65-Jährigen und zu 21 % aus 65-Jährigen und Älteren. Im Jahr 2060 wird der Anteil der unter 20-Jährigen auf 16 % und der Anteil der 20- bis 65-Jährigen auf 51 bis 52 % sinken.

Im Jahr 2060 wird bereits jeder Dritte (32 bis 33 %) mindestens 65 Lebensjahre durchlebt haben und es werden fast doppelt so viele 70-Jährige leben, wie Kinder geboren werden. Die Alterung schlägt sich

insbesondere in den Zahlen der Hochbetagten nieder. Im Jahr 2013 lebten 4,4 Millionen 80-Jährige und Ältere in Deutschland. Dies entsprach 5,4 % der Bevölkerung. Ihre Zahl wird kontinuierlich steigen und mit fast 10 Millionen im Jahr 2050 den bis dahin höchsten Wert erreichen. Zwischen 2050 und 2060 sinkt dann die Zahl der Hochbetagten auf rund 9 Millionen. Es ist also damit zu rechnen, dass in 50 Jahren etwa 13 % der Bevölkerung – das ist etwa jeder Achte – 80 Jahre und älter sein wird (Statistisches Bundesamt, 2015).

In Frankfurt wird die Zahl der 75-Jährigen und Älteren bis 2040 um 34%, d.h. um mehr als 18 000 Personen, zunehmen. Die Altersstruktur in Frankfurt wird insgesamt jedoch durch einen zu erwartenden stetigen Zustrom von mittleren und jüngeren Altersgruppen etwas weniger beeinflusst werden als im bundesdeutschen Vergleich (Bürgeramt Statistik und Wahlen Frankfurt, 2015 #6265).

Angesichts globaler Krisen sind jedoch weitere Phasen erhöhter Neuzuwanderung zu erwarten und diese werden sowohl die demographische Tendenz, als auch den Pool der zu integrierenden Neuzuwander_innen, weiter erhöhen.

STRUKTURWANDEL DES ARBEITSMARKTS. In vielen Beschäftigungsbereichen werden momentan in Frankfurt bereits Arbeitskräfte gesucht (z.B. in Pflege, Kindertagesstätten, Reinigung, Bau). In fast allen dieser Branchen hat ein Großteil der Beschäftigten einen Migrationshintergrund bzw. gehört zur Gruppe der Neuzuwander_innen. Einige Branchen (Pflege, Kindertagesstätten) werben inzwischen Arbeiter_innen im Ausland an. So beschäftigt die AWO seit Juni diesen Jahres Erzieherinnen, die in Spanien studiert haben, und hier nach einem Deutschkurs parallel als Erzieherinnen

arbeiten, weiter einen Deutschkurs besuchen, und das Anerkennungsverfahren zur Erzieherin durchlaufen.

Solche flexiblen und pragmatischen Lösungen könnten prinzipiell auch zur Integration von weiblichen Neuzuwander_innen in den Arbeitsmarkt durchgeführt werden. Es werden dringend Erzieherinnen mit Kenntnissen der Sprachen der Zuwanderergruppen (z.B. Arabisch, Farsi) gesucht. Hier bestände eine Möglichkeit der direkten Integration.

In Zukunft wird auch die Bedeutung hochqualifizierter Fachkräfte steigen. Der demographische Wandel reduziert das zukünftige Arbeitskräftepotential - es wird bis 2050 ein Negativsaldo prognostiziert. Es ist deshalb aktuell ein qualifikatorischer Überschuss notwendig, um die Effekte des demographischen Wandels auszugleichen. Die Alterung der Gesellschaft führt weiterhin zu zusätzlichem Bedarf an sozialen Einrichtungen und Diensten für hochbetagte Menschen.

Der Arbeitsmarkt der Zukunft wird insbesondere Menschen mit höherer beruflicher und akademischer Qualifikation benötigen sowie auf flexibleren Beschäftigungsformen (Zeitarbeit, Teilzeitarbeit) basieren. Das Modell des lebenslangen Lernens durch Nach- und Weiterqualifizierung wird vermehrt an Bedeutung gewinnen. Dieser Fachkräftebedarf wird – im Zuge des demographischen Wandels – aus dem Pool der Menschen mit Migrationsgeschichte gefüllt werden müssen bzw. können. Diese zukünftigen Entwicklungen führen uns die Notwendigkeit und Chance vor Augen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Neuzuwander_innen verstärkt in den Arbeitsmarkt der Zukunft zu integrieren.

Wohnraum

Das „Frankfurter Thema“ - die Verknappung von bezahlbarem Wohnraum - fand sich auch im Mittelpunkt dieser Studie wieder. Die

aktuellen Entwicklungen im Rahmen des BREXIT, mit dem zu erwartenden Zuzug der Londoner Banken nach Frankfurt, werden die Wohnraumsituation in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Aufgrund der zu erwartenden Verdrängung von Neuzuwander_innen aus dem Wohnungsmarkt besteht die Bedrohung einer zunehmenden wohnräumlichen Segregation in der Stadt.

Auch die Bedürfnisse der Einwohner_innen Frankfurts werden sich ändern: Da Senior_innen immer häufiger alleine leben und da nach Schätzung des Robert-Koch-Instituts 30% der über 75-Jährigen im Alltag nicht mehr allein zurechtkommen, wird dem altengerechten Wohnen eine größere Bedeutung zukommen. In den kommenden Jahren wird es nicht nur weniger Haushalte mit Kindern geben, sondern in ihnen werden auch weniger "klassische" Familien (ein verheiratetes Ehepaar mit leiblichen Kindern) leben. Hingegen werden hier mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende und Stieffamilien wohnen, vermutlich auch mehr "Regenbogenfamilien" (mit gleichgeschlechtlichen Eltern) und Familien mit Partner_innen aus unterschiedlichen Kulturen. Auch sozial schwach gestellte Familien, die aufgrund hoher Kinderzahl mehr Wohnraum benötigen (6 und mehr Personen) werden zunehmen.

Laut dem Zukunftsforscher Matthias Horx wird die klassische Raumaufteilung der Wohnungen daher bald der Vergangenheit angehören (Horx, 2015). Neue Wohnkonzepte, die diesen Entwicklungen Rechenschaft tragen, werden benötigt.

Neue Konzepte

Diese Entwicklungen bedeuten, dass die Stadt Frankfurt aktuell die Chance hat neue Konzepte für die Integration von Neuzuwander_innen zu entwickeln, die nicht nur die aktuelle

Situation der Neuzuwanderung bewältigen, sondern gleichzeitig die zukünftige Entwicklung von Demographie und Arbeitsmarkt berücksichtigen.

Im Folgenden werden zusammenfassend die zentralen Handlungsfelder identifiziert:

Bildung

Das künftige Fachkräftepotenzial der Flüchtlinge wird erheblich von Investitionen in Bildung und Ausbildung abhängen. Angesichts des geringen Durchschnittsalters und vorhandener Qualifikationen bei einem großen Teil der Neuzuwander_innen bestehen bei entsprechender Förderung erhebliche Qualifizierungspotenziale. Die langfristige Entwicklung wird von der künftigen Koordination zwischen der Arbeitsmarktöffnung für qualifizierte Zuwander_innen und den Investitionen in Bildung und Ausbildung abhängen.

Insgesamt muss insbesondere das bereits bestehende Bildungskapital von Neuzuwander_innen genutzt werden. Neuzuwander_innen und ihre Kinder sollten nicht auf das Feld der beruflichen Qualifikation begrenzt, sondern verstärkt höher qualifiziert werden. Insbesondere Menschen über 40 und Frauen müssen durch angepasste, niedrighschwellige Programme in den Arbeitsmarkt integriert werden. Hierbei könnten insbesondere flexiblere Sprach- und Ausbildungskombinationen (z.B. Programme, in denen vertiefender Spracherwerb mit praktischer Tätigkeit zusammenfallen) einen guten Ansatz bilden.

Des Weiteren ist eine Öffnung der existierenden Bildungsangebote für Neuzuwander_innen aus EU-2-Staaten zu empfehlen. Durch den spezifischen EU-Status stehen dieser Gruppe von Neuzuwander_innen keine sprachlichen und beruflichen (Nach-) Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung. Gleichzeitig wird diese Gruppe von Zuwander_innen und ihre Kinder in Frankfurt dauerhaft bleiben. Insbesondere um eine Chronifizierung und Zunahme

extremer Marginalisierung zu vermeiden ist ein pragmatischer Frankfurter Weg nötig.

Sprach- und Kultursensible Öffnung der Behörden und Institutionen

Die Heterogenität der sozialen Lebenswirklichkeiten, aus denen Neuzuwander_innen kommen, die Art ihres Aufenthaltsstatus, ihre unterschiedlichen Migrationswege und Muttersprachen und ihre individuellen Erfahrungen mit staatlichen Organisationen erfordern von hiesigen Behörden und Institutionen ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit, Toleranz und gute pädagogische und organisatorische Konzepte. Sie brauchen Kenntnisse über die neue Migration und eine Haltung, die Diversität als Normalität und nicht als Krise begreift. Nicht zuletzt sind muttersprachliche Kenntnisse, gerade in den Behörden, Institutionen und Gesundheitseinrichtungen, die mit Neuzuwander_innen arbeiten, eine wichtige Voraussetzung.

Wohnraum

Die beschriebene Entwicklung zwingt zu neuen Ideen – auch beim Wohnen. Es existiert eine Vielzahl neuer Wohnformen (wie etwa Mehrgenerationenhäuser), die sich durch hohen sozialen Anspruch und oft durch die Integration von Menschen unterschiedlichster Sozial- und Altersstrukturen auszeichnen. Neue Wohnkonzepte wie Mehr-Generationen-WGs oder Communities Gleichgesinnter werden an Bedeutung zunehmen. Auch Senioren-, Familien- und Frauen-Wohnprojekte, milieuorientierte und ökologische Wohnformen sowie integrative Wohnprojekte sind Optionen, einerseits der Schaffung von segregierten Wohngebieten entgegenzuwirken und andererseits der drohenden Vereinsamung der Senior_innen aktiv zu begegnen. Innovative, auf Frankfurt zugeschnittene, Konzepte mit sozial angemessenen sowie zeitgemäßen gestalterischen und architektonischen Lösungen sind hier gefragt und möglich.

Soziale Integration

Es ist notwendig weiterhin gegen Stigmatisierung und für Toleranz einzutreten, insbesondere auch in Bezug auf die aktuellen Diskriminierungsformen Antiziganismus und anti-muslimischer Rassismus.

Wichtigstes Ziel in den kommenden Jahrzehnten ist die soziale und politische Integration der Neuzuwander_innen mit Fluchthintergrund und aus EU-2-Ländern. Dies bedeutet einerseits, dass sozialer Marginalisierung und Ausgrenzung entgegengewirkt wird, indem Neuzuwander_innen zusammen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen ihr Leben in Frankfurt gestalten. Hierzu gehört als Grundlage ein offenes und tolerantes Zusammenleben aller gesellschaftlichen Gruppen. Die Hauptherausforderung besteht hier in der Öffnung der Gesellschaft um eine Integration der Zuwander_innen überhaupt möglich zu machen. Das Engagement gegen Antiziganismus und anti-muslimischen Rassismus muss hier als Querschnittsaufgabe auf der Stadt- und Kommunalebene hervorgehoben werden.

Das Erstarken rechtsextremer Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) und Bürger für Frankfurt (BFF) in den letzten Kommunalwahlen – u.a. aufgrund von Konflikten über Wohnraum – legt nahe, dass ein gelingendes Zusammenleben auch bedeutet die von den Bürger_innen wahrgenommenen Probleme konkret zu adressieren. Aus den Erfahrungen des letzten Jahres sind hierzu Integrationskonzepte auf Stadtteilebene besonders geeignet, die partizipativ mit etablierten Bevölkerungsgruppen erarbeiten, wie mit Änderungen auf der Stadtteilebene umgegangen werden soll. Ein Prozess, in dem Quartiersentwicklung zusammen mit Anwohner_innen geplant und partizipativ umgesetzt wird, adressiert sowohl die inklusive Öffnung als auch den Dialog zwischen Neuzuwander_innen und Anwohner_innen.

Das zweite Ziel ist es, dass aus den Neuzuwander_innen Bürger_innen Frankfurts werden, die ihre politische Teilhabe in der Kommune und der Bundesrepublik wahrnehmen können und möchten. Dem gegenüber steht als Negativszenario das Entstehen marginalisierter Gruppen, die radikalisierte Gruppenidentitäten um diese soziale Abgrenzung herum organisieren. Präventive Angebote, die jungen Neuzuwander_innen Teilhabe ermöglichen, sowohl auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt als auch in kulturellen und politischen Fragen, sind hier dringend nötig.

Ausblick – Ein neuer Frankfurter Weg?

Es stellt sich nun die Frage, wie die gesellschaftliche Integration der Neuzuwander_innen in Zukunft verlaufen wird. Das negative Szenario wäre, dass der Wohnungsmarkt weiterhin unzugänglich bleibt, dass die Qualifizierungsprogramme sich nicht inklusiv für alle Zuwanderergruppen öffnen und spezifische Risikogruppen vernachlässigen, dass die Integration in qualifizierte Berufe und den Arbeitsmarkt nur teilweise gelingt, und dass diese Prozesse zum sozialen Ausschluss und zu Radikalisierungsbewegungen in allen gesellschaftlichen Gruppen führen. Die vielfältigen und verschränkten Folgen einer solchen Orientierung sind in dieser Expertise beschrieben worden.

Ein positives Szenario wäre, dass die Stadt Frankfurt einen pragmatischen und zukunftsgerichteten Umgang mit den hier beschriebenen Herausforderungen findet. Anstatt die hier diskutierte Herausforderung zu verschlafen - so wie es mit der Gastarbeiter-Migration seit den 60er Jahren geschah und zu einem chronifizierten Problem sozialer Ungleichheit führte -, besteht nun die Möglichkeit einer pragmatischen, flexiblen und akzeptierenden Frankfurter Lösung. Ein ‚neuer‘ Frankfurter Weg¹³ könnte gewährleisten, dass ein Umgang mit den Herausforderungen der Neuzuwanderung gefunden wird, der Bevölkerungsbewegungen, die bisher als zu bewältigendes Problem beschrieben wurden, in Ressource für die Zukunft verwandelt würden.

Für eine Planung der intersektionalen Prozesse der sozialen Integration der Neuzuwander_innen empfiehlt sich als nächster

¹³ Der „Frankfurter Weg“ in der Drogenhilfe wurde Ende der 80er Jahre nach langen Jahren einer permanenten Zuspitzung des Drogenproblems - insbesondere unter dem Druck der zunehmenden HIV-Infektionen und Drogentodesfälle - als ein pragmatischer und akzeptierender drogenpolitischer Ansatz herausgearbeitet, der als "Frankfurter Weg in der Drogenpolitik" seit Jahren drogenpolitisches Vorbild für viele Kommunen im In- und Ausland ist.

Schritt neben einer vertiefenden Analyse der hier beschriebenen Schnittstellen, dass ein interdisziplinäres Team aus den Bereichen Demographie, Stadtplanung, Architektur, Bildung, interkulturelle Öffnung und Integration ein realisierbares Konzept entwickelt mit dem die Stadt Frankfurt auf die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte antworten kann. Kommunale Modellprojekte in den Bereichen Bildung und Wohnraum – vielleicht in bundesweiter Vorreiterrolle - könnten hier den Weg bereiten, um auch in der Zukunft in einem Frankfurt der Vielfalt, Integration und Toleranz leben zu können.

VI. Zitierte Literatur

- Adeoso, M.-S. (2016, 9.03.2016). AfD-Rekord im Frankfurter Gallus. *Frankfurter Rundschau*.
- Alicke, T., Türk, L., & Holz, G. (2014). *Neuzuwanderung in Frankfurt am Main - Vorstudie zur Situationsbeschreibung und zur strukturellen Weiterentwicklung von kommunalen Hilfen*. Retrieved from Frankfurt am Main:
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes. (2014). *Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung. Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma*. Retrieved from
- Barth, G., & Schlerath, A. (2009). *Familienhilfe. Über den Umgang mit Familien in multiplen Problemlagen*. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.
- Bertelsmann Stiftung. (2015). *Religionsmonitor 2015 - Sonderauswertung Islam (Monitor of Religions 2015 - Special Analysis Islam)*. Retrieved from
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2016). *BAMF-Kurzanalyse. Asylersantragssteller in Deutschland im Jahr 2015 - Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit*. Retrieved from
- Bürgeramt Statistik und Wahlen Frankfurt. (2015). *Materialien zur Stadtbeobachtung 19: Frankfurt am Main - Regionalisierte*

- Bevölkerungsvorausberechnung bis 2040*. Retrieved from Frankfurt a.M.:
- Deutsche Kinder- und Jugendstiftung. (2016). Dossier: Transferagenturen für Großstädte und Neue Migration [Press release]
- End, M. (2013). Antiziganismus. Sinnstruktur und Kontinuität der Bilder *Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung. Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte* (pp. 54-67). Cologne: NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln.
- Haug, S., Müssig, S., & Stichs, A. (2009). *Muslimisches Leben in Deutschland (Muslim Life in Germany)*. Retrieved from Nürnberg:
- Horx, M. (2015). *Zukunft wagen: Über den klugen Umgang mit dem Unvorhersehbaren*: Pantheon Verlag.
- Jahn, T., & Wehling, P. (1995). Sozial-ökologische Zukunftsforschung. *Politische Ökologie*, 2.
- Linke, T., Hashemi, F., & Voß, H.-J. (2016). Sexualisierte Gewalt, Traumatisierung und Flucht. *Sexuologie. Zeitschrift für Sexualmedizin, Sexualtherapie und Sexualwissenschaft*, 23(1/2).
- Peucker, M. (2010). *Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben - Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen*. Retrieved from
- Stadt Frankfurt. (2016). *Bevölkerungsstruktur Zahlen, Daten, Fakten*.
- Statistisches Bundesamt. (2015). *Bevölkerung Deutschlands bis 2060 - 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*. Retrieved from Wiesbaden:
- von Balluseck, H. (2003). Flüchtlingskinder und -jugendliche im System der Sozialen Ungleichheit *Minderjährige Flüchtlinge. Sozialisationsbedingungen, Akkulturationsstrategien und Unterstützungssysteme* (pp. 21-33). Opladen: Leske & Budrich.
- Woldin, P. (2016, 22.02.2016). Warum Migranten gegenüber Flüchtlingen skeptisch sind. *Die Welt*. Retrieved from <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article152471065/Warum-Migranten-gegenueber-Fluechtlingen-skeptisch-sind.html>
- Zick, A., Küpper, B., & Hövermann, A. (2011). *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Retrieved from Berlin:

Anhang: Liste der befragten Expert_innen

1. Andreas Heymann, Gewerkschaftssekretär, ver.di Frankfurt
2. Kirsten Huckenbeck, migrar Frankfurt/Rhein-Main-Gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen mit und ohne Papiere
3. Christamaria Weber, Stadt Frankfurt am Main, Dezernat VIII- Soziales, Senioren, Jugend und Recht, Stabsstelle Flüchtlingsmanagement
4. Joachim Brenner, Geschäftsleiter und Gründer des Förderverein Roma e.V., Frankfurt am Main
5. Herbert Gerbig, Vorstand, Mehrgenerationenhaus Kinder im Zentrum Gallus e.V., Frankfurt am Main
6. Bettina Bonnet, Straßensozialarbeiterin, Weser 5 Diakoniezentrum, Frankfurt am Main
7. Rabia Bechari, Vorstand, Salam e.V. - Muslimische Seelsorge, Frankfurt am Main
8. Ivan Ivanow, Projekt „Faire Mobilität Hessen“ beim Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen e.V. (EVW), DGB Hessen
9. Geert de Bruijn, Stadt Frankfurt am Main, Dezernat VIII- Soziales, Senioren, Jugend und Recht, Stabsstelle Flüchtlingsmanagement
10. Thorsten Feigl, Gesamtprojektkoordinator, „Main Career – Offene Hochschule“, Frankfurt University of Applied Sciences
11. Franca Schirmacher, Sozialpädagogin, Mehrgenerationenhaus Kinder im Zentrum Gallus e.V., Frankfurt am Main
12. Elvira Niesner, Leitung, FIM - Frauenrecht ist Menschenrecht e.V., Beratungs- und Informationszentrum für Migrantinnen, Frankfurt am Main
13. Dominike Pauli, Fraktionsvorsitzende Die LINKE. Im Frankfurter Römer, Mitglied im Ortsbeirat 6 (Frankfurter Western), Frankfurt am Main
14. Sigrid Becker-Feils (stellvertretende Leitung) & Lydia Mesgina (Mitarbeiterin), beramí berufliche integration e.V., Frankfurt am

Main

15. Cornelia Held, Abteilungsleitung Kindertagesstätten, AWO Kreisverband Frankfurt am Main

16. Sandra Agel, Abteilungsleiterin Jugend, AWO Kreisverband Frankfurt Frankfurt am Main

17. Manuel Negadi, Teamleiter, Industriegewerkschaft Bau- Agrar – Umwelt, Region Hessen

18. Claudia Menesch, Pädagogische Leiterin, Bildungswerk Kolpinghaus, Frankfurt am Main

19. Jennifer Mina, TELLUS Projekt, Crespo-Foundation, Frankfurt am Main